

Die neue GOZ im Fokus

BLZK-Vollversammlung: Sitzungsmarathon am ersten Adventswochenende

Auch wenn derzeit eine ganze Reihe wichtiger Rechtssetzungsvorhaben auf dem Gesundheitssektor im Verfahren sind – GKV-Versorgungsstrukturgesetz, Approbationsordnung, EU-Berufsanerkennungsrichtlinie –, so stand doch die Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) im Mittelpunkt der diesjährigen Vollversammlung der Bayerischen Landes-zahnärztekammer.

„Völlig unannehmbar“ ist die Novelle aus Sicht des Präsidenten der Bundeszahnärztekammer, Dr. Peter Engel, der als Gast an der BLZK-Vollversammlung (VV) teilnahm. Völlig unannehmbar ist das Regelwerk auch nach Meinung der Delegierten. So verstößt der Verordnungsgeber aus Sicht des Berufsstands gegen die Vorgaben des Zahnheilkundengesetzes, das einen Interessenausgleich zwischen Zahnärzten und Versicherten fordert.

BLZK-Vizepräsident Christian Berger kritisierte: „Die GOZ ist eine Nullnummer, null Punktwertanpassung und das Anhängen einer Null an die meisten Leistungsziffern mit null Änderung der Leistungsbeschreibung. Sie ignoriert die Inflation der letzten 24 Jahre, ja der letzten 46 Jahre, denn die BUGO-Z von 1965 wurde ausgabenneutral in die GOZ 1988 umgeschrieben.“ Berger wird mit dem BDIZ EDI, dessen Präsident er ist, gegen die GOZ-Novelle vor dem Bundesverfassungsgericht klagen.



Dr. Erwin Senoner (r.) erhält von Präsident Benz das Ehrenzeichen der BLZK.



Dr. Peter Engel, Präsident der Bundeszahnärztekammer: „Über den Paragrafenteil und über den Punktwert hat das Ministerium mit uns nicht gesprochen; das war eine rein politische und keine fachliche Entscheidung.“

BZÄK-Präsident Engel nimmt Stellung zur GOZ

„Eine üble Nummer“ nannte BZÄK-Präsident Dr. Peter Engel die Angriffe der privaten Krankenversicherung gegen die GOZ-Novelle. Der Hinweis auf 16 Prozent Honorarzuwachs für Privatleistungen zwischen 2001 und 2008 berücksichtige zum Beispiel nicht, dass es in diesem Zeitraum einen deutlichen Zuwachs an Beitragsaufkommen bei den PKV-Unternehmen über Zusatzversicherungen gab. Kritisch äußerte sich Engel auch zu den „Verschlimmbesserungen“, die der Finanzausschuss im Bundesrat vorgenommen hat. „Das Sagen in Sachen GOZ haben in Wirklichkeit nicht die Gesundheitspolitiker, sondern die Finanzpolitiker. Gesundheit findet in Deutschland immer mehr nach Kassenlage statt.“ Engel stellte sich auch den kritischen Fragen einzelner Delegierter zur Mitwirkung der BZÄK an der neuen GOZ. Eindeutig und klar widersprach der BZÄK-Präsident allen Vermutungen, der Entwurf aus dem Bundesgesundheitsministerium sei mit der BZÄK „konsentiert“ worden: „Über den Paragrafenteil und über den Punktwert hat das Ministerium mit uns nicht gesprochen; das war eine rein politische und keine fachliche Entscheidung.“

In einer wahren Antragsflut befassten sich die 70 Delegierten anschließend mit der Umsetzung des

am 1. Januar 2012 in Kraft tretenden Regelwerks. Kammer und Zahnärztliche Bezirksverbände wurden aufgefordert, die Zahnärzte bei der Abrechnung zahnärztlicher Leistungen noch intensiver zu unterstützen. Voraussetzung dafür ist, dass die Praxen ihre Kosten kennen und einer betriebswirtschaftlichen Berechnung der Honorare zugrunde legen. Auch in dieser Hinsicht soll die Kammer ihr Beratungsangebot verbessern.

Nachhaltige Reformen gefordert

In einer Resolution sprach sich die Vollversammlung für nachhaltige Strukturreformen im Gesundheitswesen aus, die auch den regionalen Unterschieden Rechnung tragen. Auf Antrag des Vorstands lehnte die VV eine Verkammerung der Pflegeberufe ab. Weiterer Schwerpunkt der Diskussion war die Verbesserung von Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hierzu lagen Anträge von Dr. Alexandra Reil und vom Kammervorstand vor.

Einleitend hatte Kammerpräsident Prof. Dr. Christoph Benz der Vollversammlung Bericht über das zu Ende gehende Arbeitsjahr erstattet und dabei die Zusammenarbeit im neuen Vorstand – ebenso aber auch mit der Verwaltung – gelobt. Zu den Pluspunkten zählte Benz, dem der VV-Vorsitzende Dr. Martin Schubert zuvor herzlich zur Wahl in das Präsidium der Bundeszahnärztekammer gratuliert hatte, die enge Verzahnung mit zahlreichen Organisationen, so zum Beispiel dem Verband Freier Berufe in Bayern, der Bayerischen Landesarbeitsgemeinschaft Zahngesundheit, der Landeszentrale für Gesundheit in Bayern, dem Deutschen Institut für Gesundheitsrecht in Berlin sowie dem Landes-



Die Projektgruppe Qualitätsmanagement der eazf mit dem externen Gutachter Dr. Michael Balk (2.v.r.)



BLZK-Präsident Prof. Dr. Christoph Benz zog eine positive Bilanz über das zu Ende gehende Arbeitsjahr.

gesundheitsrat Bayern. Dessen Vorsitzender, Dr. Thomas Zimmermann (CSU), MdL, nahm als Gast an der VV teil.

Netzwerke sind wichtig

Benz lobte auch die Zusammenarbeit mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns und deren Vorsitzenden des Vorstands Dr. Janusz Rat und Dr. Stefan Böhm, beide zugleich auch Delegierte der Kammer-VV. Mit großer Mehrheit verabschiedeten die Delegierten – wie zuvor bereits die Vertreterversammlung der KZVB – einen Antrag des Vorstands, nach wirtschaftlich sinnvollen Lösungen zu suchen, um den in den letzten zwei Jahrzehnten gewachsenen Raumbedarf der BLZK und ihres Fortbildungsinstituts, der eazf, zu decken. Stichwort eazf: Unter großem Beifall der Versammlung konnte Geschäftsführer Stephan Grüner zu Beginn der Tagung das Testat für die Zertifizierung nach dem QM-System LQW in Empfang nehmen. Dr. Michael Balk bescheinigte dem Kammerinstitut eine hervorragende Qualitäts-Performance und eine hohe Motivation der Mitarbeiter. Einstimmig berief die VV Stephan Grüner anschließend zum kaufmännischen Geschäftsführer der Kammer.

Überregulierung heftig kritisiert

Bei der Aussprache über den Tätigkeitsbericht des Vorstands stand die zunehmende Regelungsdichte im Vordergrund. Dr. Rolf-Jürgen Löffler kritisierte, dass Gesetzgeber und Exekutive die Berufsausübung immer mehr erschweren. Kammerpräsident Benz und Dr. Michael Rottner, Referent Praxisführung der BLZK, zeigten auf, auf welchen „Baustellen“ die BLZK derzeit unterwegs ist, um dem entgegen-

Ehrung verdienter bayerischer Standespolitiker

Im Rahmen der Vollversammlung der Bayerischen Landes-zahnärztekammer überreichte Dr. Peter Engel, Präsident der Bundeszahnärztekammer (BZÄK), die Ehrennadel der deutschen Zahnärzteschaft in Silber an verdiente Standespolitiker aus Bayern. Die Auszeichnung erfolgte auf Vorschlag des Vorstands der Bayerischen Landes-zahnärztekammer in Würdigung des hohen Engagements für den Berufsstand. Die Geehrten in alphabetischer Reihenfolge:

- Dr. Klaus Aichinger, Landshut/ZBV Niederbayern
- Gebhard Aigner, München/ZBV München Stadt und Land
- Christian Berger, Kempten/ZBV Schwaben
- Dr. Eugen Endstrasser, München/ZBV München Stadt und Land
- Dr. Wolfgang Heidenreich, Georgensgmünd/ZBV Mittelfranken
- Martin Kelbel, Altdorf/ZBV Mittelfranken
- Dr. Wolfgang Kipping, Höchberg/ZBV Unterfranken
- Dr. Gerd Kräutler, Memmingen/ZBV Schwaben
- Dr. Rolf Jürgen Löffler, Stephanskirchen/ZBV Oberbayern
- Dr. Claus Macher, Nürnberg/ZBV Mittelfranken
- Dr. Michael Förster, Neukirchen/ZBV Oberpfalz
- Dr. Edmund Kichler, Augsburg/ZBV Schwaben
- Dr. Jürgen Marbaise, Kempten/ZBV Schwaben
- Dr. Herbert Michel, Würzburg/ZBV Unterfranken
- Dr. Silvia Morneburg, Nürnberg/ZBV Mittelfranken
- Dr. Heinz Nobis, München/ZBV München Stadt und Land
- Dr. Guido Oster, Euerbach/ZBV Unterfranken
- Dr. Christian Öttl, München/ZBV München Stadt und Land
- Dr. Janusz Rat, München/ZBV München Stadt und Land
- Dr. Michael Rottner, Regensburg/ZBV Oberpfalz
- Dr. Peter Scheufele sen., München/ZBV München Stadt und Land
- Dr. Alois Schneck, München/ZBV München Stadt und Land
- Dr. Günter Schneider, Hammelburg/ZBV Unterfranken
- Dr. Rüdiger Schott, Sparneck/ZBV Oberfranken
- Michael Schwarz, Bernau/ZBV Oberbayern
- Dr. Hans Seeholzer, Erding/ZBV Oberbayern
- Dr. Horst-Dieter Wendel, Bayreuth/ZBV Oberfranken
- Dr. Martin Zschiesche, Erlangen/ZBV Mittelfranken



Insgesamt 28 bayerische Standespolitiker erhielten die Ehrennadel der deutschen Zahnärzteschaft in Silber.

zutreten. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Verschärfung der Hygiene-Empfehlungen des Robert Koch-Instituts, ebenso aber auch für die regelmäßige Überprüfung der Fachkunde im Röntgen. Benz zeigte auch auf, dass eine Mitwirkung der Bundeszahnärztekammer im Gemeinsamen Bundesausschuss (GB-A) notwendig ist. „Qualitätsmanagement und -sicherung, das sind Aufgaben des Berufsstands und seiner Selbstverwaltung, nicht der Krankenkassen.“ In dieselbe Kerbe schlug der ehemalige Kammerpräsident Michael Schwarz: „Die Freien Berufe müssen wachsam bleiben. Uns droht eine immer stärkere Versozialrechtlichung.“ In diesem Zusammenhang kritisierte die Vollversammlung auch die im November verabschiedete

Heilkundeübertragungsrichtlinie des GB-A. Eine Substitution zahnärztlicher Leistungen durch das zahnärztliche Personal sei weder erforderlich noch medizinisch vertretbar. Diagnose und Therapie gehörten in die Hand der Heilberufe.

Das akademische Studium der Medizin und Zahnmedizin dürfe nicht „bachelorisiert“ werden. Umso bedauerlicher, dass die vom Vorstand vorgelegte Änderung der Weiterbildungsordnung, die über mehrere Monate im Weiterbildungsausschuss der BLZK beraten und dort einstimmig beschlossen worden war, vertagt wurde. Die Versammlung beschloss nach Wortmeldungen von Vizepräsident Christian Berger und Dr. Jürgen Schartmann auf Antrag von Dr. Jörg Lichtblau, die Thematik noch

einmal im zuständigen Ausschuss zu beraten. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war die Kritik des Berufsverbands der Oralchirurgen an der Präzisierung der inhaltlichen und zeitlichen Erfordernisse für die Weiterbildung, die heute bereits in den Richtlinien zur Weiterbildungsordnung festgeschrieben sind.

Aus der Vielfalt der Diskussionsthemen hervorzuheben sind sicher auch die Berichte von Dr. Martin Schubert zum neu gegründeten Hilfswerk Zahnmedizin Bayern sowie von Ombudsmann Dr. Ulrich Graf von Tauffkirchen. Letzterer hatte sich insbesondere mit kritischen Anfragen zur Beitragsordnung der BLZK zu befassen.

Ehrenzeichen für Dr. Erwin Senoner

Zu den erfreulicheren Höhepunkten der VV zählt ohne Zweifel die Verleihung des Ehrenzeichens

der BLZK an den ehemaligen Vizepräsidenten der Österreichischen Zahnärztekammer und Präsidenten der Landes Zahnärztekammer Salzburg, Dr. Erwin Senoner, den Prof. Dr. Christoph Benz als „wortmächtigen Kämpfer für die Freiberuflichkeit“ charakterisierte. In einer kurzen Replik wies Senoner darauf hin, dass ihm die Zusammenarbeit mit „den Bayern“ auch persönlich immer wichtig war. So seien Freundschaften entstanden, die man auch in der Standespolitik pflegen müsse.

Rechtsanwalt Peter Knüpper
Hauptgeschäftsführer der BLZK

Die Beschlüsse der BLZK-Vollversammlung werden in den nächsten Ausgaben des BZB im Amtlichen Teil veröffentlicht.

BLZK/KZVB: Gespräch mit Dr. Wolfgang Heubisch

Themen gibt es wahrlich genug, die den ehemaligen Zahnarzt Dr. Wolfgang Heubisch auch in seinem Amt als bayerischer Wissenschaftsminister noch mit Kammer und Kassenzahnärztlicher Vereinigung verbinden. Grund genug, den Dialog fortzusetzen und zu pflegen. Zu diesem Zweck trafen sich die Spitzen der beiden Körperschaften Ende November im Haus des Ministers am Münchner Salvatorplatz.

Wie kaum anders zu erwarten, stand auch bei diesem Gespräch die vom Bundeskabinett verabschiedete Gebührenordnung für Zahnärzte am Beginn. Heubisch hatte sich im Beratungsprozess mehrfach an seinen FDP-Parteifreund Dr. Philipp Rösler, den damals zuständigen Bundesminister für Gesundheit, wie auch an dessen Nachfolger Daniel Bahr gewandt, um für eine deutliche Anpassung des Punktwertes an die wirtschaftliche Entwicklung zu werben. So bedauerlich die Nichtanpassung sei, so bleibe doch auch darauf hinzuweisen, dass sich die FDP gegen eine Öffnungsklausel zugunsten der privaten Krankenversicherung in der GOZ ausgesprochen habe. „Dumpingpreise wären möglicherweise die Folge gewesen“, so der Minister.

Von der Approbationsordnung bis zur Aufbereitung

Heubisch wies aber auch darauf hin, dass es neben der GOZ eine Fülle anderer wichtiger Themen auf der politischen Agenda gibt. So zeichnet der Wissenschaftsminister beispielsweise verantwortlich für die neue Approbationsord-



Dr. Wolfgang Heubisch, Zahnarzt und Wissenschaftsminister

nung, die Anfang kommenden Jahres veröffentlicht werden soll. Heubisch, der die Selbstständigkeit der Hochschulen durch zahlreiche Initiativen gestärkt hat, setzt sich für eine stärkere Verzahnung von Praxis und Wissenschaft ein und forderte die Körperschaften auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Erneut bestätigte der Minister,

dass es mit der FDP keine Abwertung des Staatsexamens geben wird.

Angesprochen wurden in diesem Gespräch, an dem die Präsidenten der Kammer, Prof. Dr. Christoph Benz und Christian Berger, sowie die Vorsitzenden der KZVB, Dr. Janusz Rat und Dr. Stefan Böhm, teilnahmen, ebenso die Geschäftsführer beider Körperschaften, auch die geplanten Verschärfungen im Hinblick auf die Aufbereitung von Medizinprodukten. Die Teilnehmer waren sich einig, dass die Forderungen nach zusätzlichen Maßnahmen nicht nur wissenschaftlich belegbar, sondern in der Praxis auch umsetzbar sein müssen. In diesem Zusammenhang will sich Heubisch erneut an Bundesgesundheitsminister Bahr wenden.

Redaktion